

DGB: „Neue Ordnung der Arbeit“ mit wem?

Von Michael Schlecht, MdB – Chefvolkswirt der Fraktion DIE LINKE und Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand

Nach zehn Jahren rot-grüner Agenda 2010 ist unser Land zutiefst verändert. Unsichere Lebensverhältnisse aufgrund von Befristungen, Leiharbeit, Minijobs, Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit – das ist die prekäre Lebensrealität für mehr als zehn Millionen Menschen. Und wem es noch besser geht weiß, dass man schnell abrutschen kann. Wer seinen Job verliert und nicht spätestens in einem Jahr etwas Neues findet, der stürzt in Armut und ist der Despotie der Arbeitsverwaltung ausgeliefert. Dann gerät man unter Druck jeden noch so miesen Job annehmen zu müssen, weil Kürzungen des ohnehin schon mickrigen Arbeitslosengeldes II drohen.

Dies wirkt disziplinierend wie eine Peitsche, die über den Köpfen der Menschen kreist. Kein Wunder, dass die Gewerkschaften in der Tarifpolitik über weite Strecken in einer historischen Defensive stecken. Die Reallöhne sind von 2000 bis 2010 um mehr als fünf Prozent gesunken.

Vor dem Hintergrund ist es selbstverständlich, dass der DGB in einem Jahr der Bundestagswahl versucht, einen Politikwechsel mit dem Ziel der „neuen Ordnung der Arbeit“ durchzusetzen.

Irritierend ist nur, wie der DGB sich aufstellt. Anscheinend meint man mit den Erfindern und Unterstützern der Agenda 2010 die „neue Ordnung“ wieder herstellen zu können. Am 15. und 16. Januar findet eine Klausurtagung des DGB statt. Eingeladen ist die Kanzlerin Angela Merkel. Sie exportiert gerade mit Brachialgewalt die Agenda 2010, also Unordnung, Erniedrigung

und Lohndrückerei nach Europa. Macht dies sie zu einer wichtigen Gesprächspartnerin?

Eingeladen ist auch der „Hoffnungsträger“ der SPD, Peer Steinbrück. Dass er ein Hohepriester der Hartz-„Reformen“, der Rente mit 67 war und vor allem ist, scheint in Anbetracht von Millionennebenverdiensten und der Debatte um das Kanzlergehalt aus dem Blickfeld geraten zu sein.

Und es gibt dann noch ein Zusammentreffen mit dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Dass er irgendwann einmal sich kritisch zur Agenda 2010 gestellt hätte, ist nicht bekannt. Bekannt ist aber, dass er gerade in Tateinheit mit der SPD sein wichtigstes Wahlversprechen nach besserer Bildung mit Füßen tritt und 11.000 Lehrstellen streicht.

Nicht eingeladen ist, ja wer wohl? Die politische Partei, für die der Kampf gegen die Agenda 2010, gegen die Hartz-Gesetze, gegen die Unordnung der Arbeit, gegen die Rente mit 67 Gründungskonsens ist. DIE LINKE in ihrer heutigen Form gäbe es nicht ohne die vor zehn Jahren begonnene Umkrepelung unseres Landes. DIE LINKE nicht einzuladen ist von der Sache her abstrus und das Prinzip der Einheitsgewerkschaft wird verletzt.

SPD und Grüne, ja zuweilen selbst Union und FDP schreiben bei der Linken ab und versuchen den Eindruck zu erwecken, sie seien doch wieder zumindest ein bisschen für „Ordnung“. Für Michael Sommer ist das Anlass in seiner Neujahrsansprache den Oppositionsparteien Rot-Grün – für ihn gibt es scheinbar nur diese – zu zurufen: „Bleiben Sie bei ihrer arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Klarheit (!) und zeigen sie Verlässlichkeit (!!).“

Dass SPD und Grüne ein bisschen ihre Positionen „in der Papierlage“ modifizieren, dass sie ein bisschen „links blinken“ ist Resultat der relativen Stärke der Partei DIE LINKE. Die wenigen fortschrittlichen Kräfte in SPD und bei den

Grünen verdanken ihren Handlungsspielraum zu einem erheblichen Teil der linken Konkurrenz.

Wenn man will, dass nach der Wahl nicht wieder nach rechts abgebogen wird, dann muss man für eine starke linke Kraft im Parlament sorgen; in Hannover und in Berlin! Ansonsten droht sich Wahlbetrug wie zum Beispiel nach 1998, noch schlimmer nach 2002 oder jüngst im Stuttgarter Landtag zu wiederholen.

Wer nicht versteht, dass unser Land nur in dem Maße sozialer wird, in dem es eine starke linke Partei gibt, der täuscht sich.

Anmerkungen:

1. Der merkwürdige politische Kurs des DGB hat bereits [auch von anderer Seite zu Irritationen geführt](#)
2. Neun Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE, die hauptamtliche Gewerkschafterinnen bzw. Gewerkschafter waren oder sind, haben einen [offenen Brief an den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer](#) geschrieben